

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. F. Alrici & Co.
Breitstraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in L. eseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.
Dreundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In: Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Paube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görtitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 101.

Dienstag, 10. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Petitzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 9. Februar. Der Kaiser hat geruht: den Direktor bei dem
Landgericht I. in Berlin, Deegen, und den Regierungs-Rath und stän-
digen Hilfsarbeiter im Reichs-Justizamt, Gutbrod, zu Geheimen Re-
gierungs-Räthen und vortragenden Räten im Reichs-Justizamt zu er-
nennen.

Der König hat geruht: den praktischen Aerzten zc. Dr. med. Julius
Badt und Dr. med. Hermann Girich in Berlin den Charakter als Sa-
nitäts-Rath zu verleihen.

Der Regierungs-Baumeister Lutz ist zum Garnison-Baumeister in
Braunschweig ernannt worden.

Der zum Pfarrer an der Marienkirche zu Danzig berufene Superin-
tendent Kahle in Königsberg i. Pr. ist zum Superintendenten der Dio-
cese Stadt Danzig, Regierungsbezirk Danzig, bestellt worden.

Vom Landtage.

57. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 9. Februar. 10 Uhr. Am Ministertische v. Puttkamer
und Kommissarien.

Die zweite Berathung des Kultusetats wird mit dem
Kap. 117 „Provinzialschulkollegien“ fortgesetzt.

Abg. Steinbusch: Die Kirche, die berufene Lehrerin der
Religion, sei von der Mitwirkung am Volksschulunterricht verdrängt
und zu einer Maad des Staates degradir, man führe vom Staate
einseitig beliebte Religionsbücher ein. Das katholische Volk sei dem
Kultusminister für jede Aenderung in dem schwer geschädigten Schul-
wesen dankbar, aber immer nur als für eine Abichlagszahlung bis zur
Aenderung des Prinzips.

Abg. Mooren: Eine Verfassungsverletzung sei es, wenn der
katholischen Geistlichkeit die Ertheilung des Religionsunterrichts abde-
kretirt werde; die Gemüther des katholischen Volkes seien auf das
Tiefste verletzt, große Geister aus der Schule Synbel's alterire das aller-
dings wenig. Redner giebt unter Verlesung mehrerer Verfügungen
eine Darstellung der Verhältnisse am Schullehrerseminar in Kempen
und der mit diesem verbundenen Uebungsschule. Die Regierung habe
den Vertrag, den sie bebüß Uebnahme des gesammten Volksschul-
wesens in Kempen zum Zwecke der Uebungsschule mit der Stadt ge-
schlossen, nicht erfüllt und die Stadtbehörden durch einen jungen streb-
samem Professor aus Düsseldorf vergewaltigt. Der Direktor des Semi-
nars sei ein Altkatholik. Auch auf die Verhältnisse des katholischen
Gymnasiums in Kempen geht der Redner in seinem sehr lebhaften
Vortrage ein: es handle sich um den Schus einer ganzen Gemeinde
gegen Vergewaltigung. Das unglückselige Falsche System habe in
einer Stadt solche Verwüstungen angerichtet wie in Kempen. (Wider-
spruch.)

Der Kultusminister: Jedes Seminar braucht eine Uebungs-
schule und gelangt gewöhnlich zu derselben durch einen Vertrag mit
der Ortsgemeinde. So hat auch die Stadt Kempen das gesammte
Knabenschulwesen dem Seminar zur Uebungsschule überlassen. Im
Vertrage ist bestimmt, daß der katholische Charakter der Schulen beibe-
halten bleibe; das ist geschehen. Daß der Seminardirektor, der übri-
gens mit der unmittelbaren Leitung der Schulen nichts zu thun hat,
ein Altkatholik sei, war der Gemeinde beim Abichluß des Vertrages
bekannt. Von einer Unzufriedenheit über die Ausführung desselben
kann ich nichts wissen, wohl aber behaupte ich, daß das früher man-
gelhafte Schulwesen in Kempen seit der Uebnahme durch das Semi-
nar sich erheblich verbessert hat. Ich erkenne an, daß die Stadtverord-
neten eine Kündigung des Vertrages beschloßen haben; der Bürger-
meister hat, wozu er berechtigt ist, gegen den Beschluß sein Veto ein-
gelegt. Dieser Streit zwischen den beiden städtischen Behörden tangirt
mich nicht, ich werde lediglich die Lösung desselben abwarten. Soweit
ich bei der heftigen Art seines Vortrages den Periodenbau des Vor-
redners habe verstehen können, hat er auch das Gymnasium in Kem-
pen erwähnt. Dasselbe ist städtisch, erhält aber eine staatliche Subven-
tion, dafür hat die Regierung sich das Recht vorbehalten von den
neun Lehrern desselben zwei anzustellen, die selbstverständlich katholisch
sein müssen. Das ist Alles. Die vorgetragenen Beschwerden entbeh-
ren also wirklich jeder Begründung.

Abg. Windthorst: Der Abg. Mooren hat den Herrn Minister
nicht persönlich angegriffen, sondern nur über die Schullehrerseminare
geklagt. Der Minister, der ja nach seiner kurzen Amtsdauer nicht schon
alle diese Dinge übersehen kann, möge nun hier eine gründliche Rund-
schau halten, auch bei den evangelischen, denn die ganze Richtung der
religiösen Seminare geht mehr darauf hin, Vielweiseri als wahre Reli-
giosität, Charakterbildung und Vaterlandsliebe zu befördern, die sich
nicht bloß durch Abfragen bewähren. Ich lasse den Altkatholiken voll-
kommen das Recht, ihre religiöse Ueberzeugung geltend zu machen,
will ihnen sogar erforderlichenfalls hierzu Staatsmittel bewilligen; nur
sollen sie einräumen, daß sie nicht zur katholischen Kirche gehören, die
sie täglich schmähern. Als Katholik wünsche ich natürlich, daß Gott sie
erleuchte und von ihrem Irrthum befreie. (Heiterkeit.) Wenn aber ein
Lehrer von einem altkatholischen Seminar-Direktor ausgebildet ist, so
würde ich als Vater mein Gewissen zu verlesen glauben, wenn ich
mein Kind von einem solchen Lehrer unterrichten ließe. Ich bedaure
sehr, daß der Minister des Innern heute weder anwesend noch ver-
treten ist; ich habe ihm vorher gesagt, daß dies bei diesem Etat not-
wendig sein werde. Aber unsere Wünsche werden ja im Ministerium
des Innern nicht berücksichtigt. Der Minister sollte sich die Ange-
legenheit der katholischen Gymnasien nur von einem katholischen Rath
und die der protestantischen nur von einem protestantischen vortragen
lassen.

Der Kultusminister: Der Minister des Innern war während
der ersten drei Tage der Berathung dieses Etats durch einen Kommissar
vertreten; er konnte heute nicht voraussetzen, daß sein Neffort an der
Debatte theilhaftig sein würde. Ich würde an einem katholischen Schul-
lehrerseminar einen altkatholischen Direktor nicht angestellt haben,
und unter meiner Verwaltung soll dieser Fall nicht wieder eintreten
und Zustimmung rechts und im Centrum), unbeschadet meiner Achtung
vor den Altkatholiken. Die Disparität dieser beiden Parteien kann
dadurch nicht ausgeglichen werden, daß man den einen Theil
nützlich, sich unter eine seiner Anschauung nicht entsprechende Leitung
zu stellen.

Abg. Platen (Seminar-Direktor in Oslau, nationalliberal): Der
Abg. Windthorst hat heute und neulich die schwere Anklage gegen die

unter dem Ministerium Falk in die Schulverwaltung eingetretenen Be-
amten erhoben, daß sie alle der Religiosität und dem positiven Christen-
thum abhold oder feindlich gegenüberstehen. Wer ist denn Richter über
das positive Christenthum jener Männer? Thun Sie doch nicht immer
so, als hätten Sie allein das positive Christenthum in Generalpacht.
(Ob! rechts.) Von denen, die stets vom Christenthum und ihrem
religiösen Thun an Ecken und Straßen reden, gift, was der Heiland
von den Pharisäern sagte: sie haben ihren Lohn dahin. Ich selbst habe
die Ehre, unter dem Minister Falk in den Seminardienst getreten zu
sein. (Lachen rechts und im Centrum.) Soll ich mich denn nicht ge-
gen persönliche Beleidigungen des Abg. Windthorst schützen? (Sehr
richtig! links.) Ich erkläre diese Behauptungen, um nicht einen Aus-
druck zu gebrauchen, der mich mit dem Präsidenten in Kollision brächte,
entschieden für unrichtig, denn sie sind völlig unbewiesen. Der Ober-
präsident von Schlesien, von Puttkamer (Hört), sagt in seinem Be-
richt vom vorigen Jahre, die sittlichen religiösen Mängel der Lehrer in
Oberschlesien seien nicht auf das jetzige Unterrichtssystem zurückzuführen,
da die Bildungs-, Erziehungs- und Unterrichtsmethode in den Semi-
narien, namentlich in Bezug auf Pflege der sittlichen Erziehung und
des sittlichen Bewußtseins nichts zu wünschen übrig lasse, und auch in
Schlesien auf den Seminarien durchschnittlich recht Befriedigendes ge-
leistet werde. Das hat der jetzige Minister doch wohl in der Ueberseur-
gung geschrieben, daß es die Wahrheit sei (der Minister stimmt zu),
und wie in Schlesien, so war es im ganzen Staate. Unter dem Falk-
schen System ausgebildete Lehrer sind erst seit 1876 in den Schulen
und fast nur in den unteren Klassen angestellt, ihre Zöglinge können
also jetzt höchstens 10 und 11 Jahre alt sein. Sollen diese Kinder schon
so forrrumpirt sein, daß man das ganze System ändern muß? Die
Früchte der Aera Falk können wir erst nach 10 Jahren sehen. Ein
schlechtes Zeugniß für das Mühler'sche System wäre es, wenn die
unter ihm ausgebildeten Lehrer mit einem Schläge religionslos gewor-
den sein sollten. (Sehr wahr!) Der Seminar-Direktor von Neuzelle,
Heider, dem Sie das positive Christenthum nicht absprechen werden,
sagte in der General-Synode: ich wünsche nicht, daß es den
Anschein gewinnt, als wollten wir an den allgemeinen Besti-
mmungen rütteln, denn großartiger gedacht und schöner
ausgedrückt als in den Paragraphen über Ziel und Auf-
gabe des Religionsunterrichts ist die religiöse Aufgabe der Schule in
Preußen überhaupt noch nicht gewesen. (Hört! links; Lachen rechts
und im Centrum.) Die ganze heilige Geschichte soll nach diesen allge-
meinen Bestimmungen im Religionsunterricht durchgenommen werden,
namentlich aber das Lebensbild Jesus deutlich hervortreten. Die Lehrer
sind rechtschaffen bemüht, dies zu bewirken, und daneben aus den Le-
bensbildern anderer großer Männer das zu schöpfen, was auf das Ge-
müth zur religiösen Entwicklung und Bildung des Charakters ein-
wirken kann. (Gelächter rechts.) Haben Sie schon die Schule an der
religiösen Erziehung arbeiten gesehen? Und da lachen Sie bei so
ernsten und heiligen Sachen. (Sehr richtig links; erneutes Gelächter
rechts.) Es wird mir gesagt, daß der Abg. Stoeker soeben auch ge-
lacht hat. (Der Präsident bittet, mit den Unterbrechungen des
Redners einig Maß zu halten und zu vermeiden, daß daraus Dia-
loge entstehen; darum bitte er auch die Redner, sich nicht an einzelne
Personen im Hause zu wenden.) Von bloßem Mechanismus und
bloßem Einpauden ist allerdings nichts in den allgemeinen Bestim-
mungen zu finden. Die Kinder sollen nicht bloß in die heilige Schrift,
sondern auch in das Bekenntniß der Gemeinde eingeführt werden,
erlere selbst so lesen und lernen, daß sie am Gottesdienste der Ge-
meinde lebendigen Antheil nehmen können. Welches höhere Ziel kann
sich die Schule stecken, gerade wenn sie für die Kirche arbeiten will?
Das System, welches nur auf das äußerliche Einprägen sieht, erzeugt
die Leute mit den vielen Kirchenliedern im Munde und den Waffen
zum Königssturbe in der Hand. (Große Unruhe und Gelächter rechts
und im Centrum; Zustimmung links.) Wir wollen allerdings auch,
daß die Lehrer mit einem tüchtigen Wissen, das sie zu weiterem wissen-
schaftlichem Arbeiten in ihren Mußestunden befähigt, und nicht mit
halbem Wissen in ihren Beruf treten. Das ist die Vielweiseri, die
Sie bekämpfen. Für einzelne Lehrer, die nicht den gehegten Wünschen
entsprechen, können Sie nicht das ganze System verantwortlich machen;
die allgemeinen Bestimmungen aber bedeuten einen gewaltigen Fort-
schritt auf dem Gebiete unseres Schulwesens. Sie mögen es für
nötzig halten, daß ein Reif in diese Frühlingsaat falle, aber wir
werden den Reif bedauern, der Sommer wird kommen und der Herbst
seine Früchte zeitigen. In zehn Jahren wollen wir uns wieder
sprechen! (Beifall links.)

Abg. Windthorst: Der Periodenbau und das Pathos des
Vorredners kennzeichnen ihn als einen eifrigen Jünger des Ministers
Falk. (Heiterkeit.) Meine Behauptungen, die übrigens nicht durchweg
alle Beamten trafen; halte ich aufrecht. Charakteristisch für den Vor-
redner ist, daß er von Christus und anderen großen Männern der Ge-
schichte sprach. Für mich steht Christus hoch über allem Irdischen,
über allen Menschen und über allen Seminar Direktoren. (Heiterkeit.)
Wenn man ihn Menschen gleichstellt, so sind meine Anklagen berech-
tigt. Es ist schon eine recht erhebliche Anzahl von Zöglingen des Falk-
schen Systems in Thätigkeit, und was man mir aus dem Lande be-
richtet, beweist, daß sie, wenn auch nicht jeder Einzelne, meinen Tadel
verdienen. Die ganze Luft, die unter Falks Verwaltung geweht, hat
alle Geister irreführt. Die Verfolgung der Kirche schien die höchste
Billigung zu finden. Dieser Hauch des Verderbens ist verheerend und
verpestend über das Land hingegangen. (Große Unruhe links.) Die
Berichte der Regierungspräsidenten anderer Provinzen werden nicht so
günstig gelautet haben, wie der aus Oppeln. Ich fordere den Minister
auf, energisch die Schullehrerseminare zu revidiren und Lehrern und
Schülern Vornämigkeit zu lehren. (Unruhe links.) Die altkatholischen
Direktoren und Inspektoren, so wie die evangelischen Inspektoren, die
früher protestantischeren Pastoren waren, müssen ohne Weiteres
ihres Amtes enthoben werden, natürlich unter Belassung ihres Gehalts;
denn eine ordentliche Schulleitung wird nicht zu theuer bezahlt. Der-
gleichen Angriffe, wie die des Abg. Platen, werden wir noch oft er-
fahren. Aber wer den Kampf mit dem Unglauben aufnehmen will,
muß auf sie gefaßt sein; wer auf die Bärenjagd geht, darf die Deckel
nicht fürchten. (Heiterkeit.)

Abg. Platen: Es gereicht mir jedenfalls zu größerer Ehre, ein
Jünger Falk's als ein Jünger Windthorst's zu sein. Es bezeichnet
seine Kampfesweise, daß er es sich zu Nutzen macht, daß ich offenbar nur
das Wort „biblischen“ vergessen habe, als ich von den anderen Männern
der Geschichte sprach. Gegen Redensarten, wie die „Luft, die unter
Falk geweht, der verpestende Hauch“, kann man nicht ankämpfen. Posi-
tive Beweise hat er nicht erbracht. (Sehr richtig!) Wo ist denn von

Unbotmäßigkeit in den evangelischen Seminarien wenigstens etwas er-
wiesen? Wie geschmackvoll und zart die Verbindung ist, in welche der
Vorredner Christus mit den Seminardirektoren gebracht hat, das über-
lasse ich Ihrem sittlichen Urtheil. (Beifall links.)

Abg. Petri: Ich protestire Namens von Millionen preussischer
Untertanen gegen das Ansinnen des Abg. Windthorst, andersdenkende
Beamte aus ihren Stellungen zu entfernen, obwohl sie vollkommen ar-
beitsfähig sind. Dieser mittelalterliche Geist der Verfolgung und In-
toleranz entspricht nicht den altpreussischen Traditionen und wäre der
Ruin für Preußen und ganz Deutschland, dessen Aufgabe die Verfüh-
rung der Konfessionen ist. (Beifall links.)

Abg. Windthorst: Der Abg. Petri hat seit Jahren an den
heftigsten Verfolgungen der Katholiken theilgenommen und spricht jetzt
von Unduldsamkeit! Sein Organ, der „Merkur“, predigt noch heute
täglich Krieg gegen Rom. Ich habe nie aufgehört die Altkatholiken
als meine Mitbürger zu achten; nur sollen sie nicht usurpiren wollen,
was sie doch nicht usurpiren können. Gerechtigkeit hat Petri gegen die
katholische Kirche nie geübt. Wer hat denn die Regierung aufgefordert,
die katholischen Beamten, die ihrer Ueberzeugung treu blieben, zu ent-
fernen? Sind im Westen nicht die katholischen Landräthe und Bürger-
meister fortgesetzt und durch evangelische aus den Ostprovinzen ersetzt
worden?

Abg. Petri: Ich habe hier immer erklärt, daß die Regie-
rung, wenn sie die katholische Religion bekämpfen wolle, mich
unter ihren Begnern finden würde. Ich habe nicht gegen die
katholische Kirche, sondern gegen Rom gekämpft, gegen die äußer-
liche Macht, die sich unfern Staat unterwerfen will. (Unruhe im
Centrum.)

Bei Kap. 118: Prüfungscommissionen beklagt der Abg.
v. Fürtth, daß die Prüfung pro facultate docendi in der Religion
für die katholischen Theologen nicht an der Universität Berlin abgelegt
werden könne, sondern die Kandidaten gezwungen seien, nach anderen
Universitäten zu gehen.

Der Kultusminister: Der gerügte Uebelstand ist schon frü-
her von dieser Stelle aus als bestehend anerkannt und das Versprechen
gegeben worden, nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen. Bis jetzt hat
dies nicht gelingen wollen. Ich werde meine Bemühungen fortsetzen.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich beantrage die Streichung
von 5000 M., welche ich als Kosten für die Abhaltung des sogenann-
ten Kulturexamens ermittelt habe. Es handelt sich hier um das sogen-
annte Kulturexamen, eine der überflüssigsten Einrichtungen aus der
Zeit des Kulturkampfes, die nichts anderes bewirkt, als die jungen
Theologen auf ihre politische Gesinnung zu prüfen. Das führt noth-
wendig zur Heuchelei. Denn wenn einer das Examen wirklich macht,
muß er sich unter der Aera Puttkamer auf andere Fragen präpariren
als unter der Aera Falk. Interessante Aufschlüsse über dieses Examen,
zunächst betreffs der evangelischen Theologen, erhielten wir von Prof.
Jürgen Bona Meyer in Bonn; jedenfalls hätte der Examinator besser
gehan, das, was er an den Examinanden zu tabeln findet, seiner vor-
gesetzten Behörde mitzutheilen, als es zu Leitartikeln in der „Köln.
Ztg.“ zu verwenden. Warum sollen gerade die Theologen einer allge-
meinen Prüfung zu unterwerfen sein, warum nicht auch die Mediziner
und Andere? Und wenn wir schon eine wissenschaftliche Prüfung ein-
führen, warum erstrecken wir sie nicht auf die Zeitungsredakteure?
Wenn ich bedenke, was gerade hier in Berlin von Wis- und anderen
Blättern, und zwar gerade von den am meisten verbreiteten, geleistet
wird in Angriffen gegen die christliche Konfession, gegen alles, was uns
heilig und ehrwürdig ist, so muß ich sagen: es fehlt da in der That
an dem richtigen Gefühl und an Bildung. Katholische Theologen wer-
den sich diesem Examen nicht fügen, es entstehen nur neue Schwierig-
keiten und die Zahl der verwaisten Gemeinden wird immer größer, die
Verwilderung nimmt zu. In seinem letzten Heft ist eben der Kultur-
kampf nichts als ein Ansturm gegen den Altar und damit auch gegen
den Thron; denn beide sind solidarisch verbunden.

Der Kultusminister: Ich kann dem Verlangen des Herrn
Vorredners nicht stattgeben; es handelt sich hier um die absolut noth-
wendige Befriedigung eines durch die Gesetzgebung des Staates nor-
mirten Bedürfnisses, der sich das Haus, schon nach seiner bisherigen
Praxis, nicht wird entziehen können. Auf die prinzipiellen Erörterun-
gen des Herrn Vorredners kann ich nicht eingehen. Mit der Frage,
ob die Redakteure politischer Zeitungen einer Prüfung zu unterwerfen
seien, habe ich mich ex professo nicht zu beschäftigen. Es ist das
Sache des Ministers des Innern, von dem bereits ein Kommissar im
Anzuge ist; der kann diese Frage jedenfalls besser beantworten als ich.
(Heiterkeit.)

Abg. Struve (zur Geschäftsordnung): Der Abg. v. Schorlemer-
Alst hat vorhin gesagt, diese Institution trüge den Stempel der Lächer-
lichkeit an sich. Ich frage den Herrn Präsidenten, ob sich dieser auf
eine gesetzliche Institution angewendete Ausdruck mit der Ordnung des
Hauses verträgt.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich danke dem Herrn Abg. Struve,
daß er das Geschäft des Spionirens und Denunziirens mit solchem
Eifer betreibt.

Vizepräsident v. Benda: Ich habe das aus den Aeußerungen
des Herrn v. Schorlemer nicht herausgehört; ich glaube, daß seine
Veranlassung vorliegt, das Haus aufs Neue in Aufregung zu versetzen.

Abg. v. Fürtth versucht den Nachweis, daß die exegetischen und
historischen Studien der Studierenden der Theologie schon eine solche
allgemeine Bildung bedingen und mit sich bringen, daß von dem sog.
Kulturexamen wohl Abstand genommen werden könne.

Abg. Struve: Herr v. Schorlemer hat auf meine geschäfts-
ordnungsmäßige Frage an den Herrn Präsidenten das Wort genom-
men, bevor der Herr Präsident mir geantwortet, und hat mir gesagt,
ich betriebe hier das Geschäft des Polizeibüttels (Widerspruch) und
Denunziirens. Ich möchte glauben, Herr v. Schorlemer hat den Be-
griff des Denunziirens nicht hinreichend gefaßt, sonst hätte er mich
mit diesem Vorwurf verschont. Wenn man das Denunziiren nennt,
dann hat seine Partei darin schon sehr viel gesündigt. Ich werde
mich übrigens dadurch nicht abhalten lassen, von der geschäfts-
ordnungsmäßigen Befugniß Gebrauch zu machen, den Herrn Präsidenten
zu fragen, ob er gewisse Aeußerungen der Redner mit den Sitten und
Gepllogenheiten des Hauses für vereinbar hält. (Unruhe. Rufe aus
dem Centrum: Oberpräsident!)

Abg. v. Schorlemer-Alst: Zunächst erwidere ich Herrn
Struve, daß hier im Hause jeder das Wort nimmt, sobald der Prä-
sident es ihm ertheilt hat. Wenn er sodann das vorhin bezeichnete
Geschäft in der vorgesehnen und heute geschenehen Weise fortsetzt



will, so wird er sich damit sicher die Achtung des ganzen Hauses erwerben.

Abg. Struve: Was die letzte Bemerkung des Herrn von Schorlemer betrifft, so kann ich ihn versichern, daß mir an seiner persönlichen Achtung nach wie vor nicht viel gelegen ist. (Große Unruhe.)

Vizepräsident v. Benda: Ich habe den beiden Herrn das Wort zur Geschäftsordnung erteilt. Ich glaube, an ihren persönlichen Bemerkungen hat das Haus wenig Interesse. Die Herren mögen ihre Sache unter sich ausmachen.

Abg. v. Schorlemer-Alst (zur persönlichen Bemerkung): Ich bin nicht derjenige gewesen, welcher die Reihe der persönlichen Bemerkungen eröffnet hat, und habe auch nur so lange geantwortet, als es mir Taft und Anstand für möglich erschienen ließ. Dann habe ich zu sprechen aufgehört.

Abg. Struve (zu einer persönlichen Bemerkung): Was den Anstand betrifft, so sind der Vorredner und ich wahrscheinlich verschiedener Ansicht. Nach den letzten Leistungen des Herrn von Schorlemer muß ich sagen, mein Geschmach geht nach einer anderen Richtung.

Vize-Präsident v. Benda: Die Bemerkung war nicht persönlich. Das Kapitel wird unter Ablehnung des Antrages v. Schorlemer's genehmigt.

Bei Kap. 119: Universitäten Titel 1: Zuschuß für die Universität in Königsberg bittet Abg. Bergengroth bei der Besetzung der neuen ordentlichen Professur für Sanskrit und vergleichende Sprachforschung auch auf das Studium der im Aussterben begriffenen litthauischen Sprache Rücksicht zu nehmen. Der Kultusminister sagt dies zu.

Bei Titel 9, Universität in Bonn, bittet Abg. v. Fürth den Minister, die römisch-katholischen Mitglieder der römisch-katholischen Fakultät zu befragen, was zur Abhilfe der jetzigen Mißstände gechehen könne, denn es sei unmöglich, daß ein altkatholischer Defan an der Spitze derselben stehe. Es sei keine Intoleranz, wenn die Theologen kein Abgangszeugniß, von dem altkatholischen Defan unterschrieben, annehmen wollten.

Abg. v. Sybel: Die katholischen Studenten der Theologie haben jahrelang das vom Defan unterschriebene Abgangszeugniß angenommen, erst im letzten Sommer ist darin eine Aenderung eingetreten, trotzdem das Zeugniß kein Wort von der Würdigkeit des Betreffenden für ein Kirchenamt enthält, sondern nur besagt, daß der Studierende sich eine gewisse Zeit an der Universität aufgehalten, die und die Kollegia belegt habe, sowie ob er disziplinarisch bestraft sei oder nicht.

Präsident v. Köller theilt mit, daß der Kommissarius des Ministers des Innern Geh. Rath Rasse jetzt im Hause anwesend sei.

Bei Titel 10: Theologische und philosophische Akademie in Münster bedauert v. Heereman, daß man diese Akademie ihres rein katholischen Charakters, den sie durch die kirchlichen Stiftungen erhalten, entkleidet habe; die theologische Fakultät sei zurückgegangen, weil die dortigen Professoren nicht nach dem Gutachten der Kirche und namentlich in der philosophischen Fakultät Protestanten angestellt worden seien. Redner macht dann den Minister auf das überhandnehmende Alikuvenwesen an den Universitäten überhaupt aufmerksam; außerdem bestehe eine gewisse Strömung in der Wissenschaft, die dem Christenthum mindestens gleichgültig gegenüberstehe.

Der Kultusminister: Die katholische Eigenschaft der Akademie leidet der Vorredner nicht aus der Stiftung, sondern aus der Dotation derselben aus dem katholischen Studienfonds ab; dieser Dotation steht aber ein viel größerer Staatszuschuß gegenüber. Die philosophische Fakultät war allerdings früher nur ein Anhängsel der theologischen, sie ist aber inzwischen zu einer vollen philosophischen erhoben und daher mußte sich die Regierung die Frage vorlegen, ob die ausschließliche Besetzung mit katholischen Kräften noch geboten sei. Dies mußte verneint werden. Uebrigens sind von den 20 Dozenten 10 Ordinarien und 5 Extra-Ordinarien katholisch und nur 5 Extra-Ordinarien (2 für Mathematik, je 1 für Geschichte, neuere Sprachen und Chemie) protestantisch. Der Rückgang der theologischen Fakultät ist nicht eine spezifisch ministerielle, sondern eine ganz allgemeine Erscheinung. Als Hauptzweck der Akademie ist in den Statuten die Ausbildung von katholischen Geistlichen aufgestellt, diesen Zweck werde ich bei künftigen Anstellungen stets im Auge behalten. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Sybel beweist, ob es gerathen sei, den Gegenfas von paritätisch und konfessionell auch auf die höchsten Lehranstalten auszu dehnen. Die neue Epoche der Universitäten seit dem Anfsange des Jahrhunderts in Preußen, eine Epoche des Wachstums und der segensreichsten Thätigkeit, datire von der Anerkennung des paritätischen Charakters der Universitäten. Redner weist nun historisch nach, daß es sehr zweifelhaft sei, ob das Stiftungsvermögen der Akademie in Münster als kirchliches Stiftungsvermögen betrachtet werden könnte; er sei aber auch geneigt, die Verwendung der Stiftsgelder zur kirchlich-katholischen Ausbildung anzuerkennen. Es lasse sich aber auch absolut nicht behaupten, daß der Staat, welcher einen so bedeutenden Zuschuß für die Akademie gewähre, die katholische Kirche durch Verwendung des Dotationsvermögens irgendwie benachtheilige. Auf Anregung des damaligen Oberpräsidenten von Westfalen, des Freiherrn v. Stein, habe das Ministerium im Jahre 1803 bei Vermehrung der Einkünfte der Akademie die Aufhebung des Konfessionszwanges bei Besetzung der Lehrstühle an der philosophischen Fakultät ausgesprochen. Dieser Grundfas sei von der Regierung auf alle Universitäten ausgedehnt worden, und sie habe die drei evangelischen Universitäten Halle, Königsberg, Greifswald ihres evangelisch-monopolistischen Charakters entkleidet, zum Segen für die Institute und die Wissenschaft. Die Aufhebung des Konfessionszwanges an der philosophischen Fakultät in Münster sei ja auch von dem katholischen Professorenkollegium einstimmig beschloffen worden. Von dem Rechte der Anstellung evangelischer Dozenten habe die Regierung übrigens einen sehr diskreten Gebrauch gemacht. Der Abg. v. Heereman glaube, daß die Parität zu einem Ueberwiegen des Protestantismus führe; die entgegengesetzte Befürchtung sei vielleicht mehr berechtigt. Unter der jetzt so angefeindeten Aera Falk seien zwölf katholische Professoren, keine Altkatholiken, an paritätischen Universitäten angestellt worden.

Abg. v. Heereman bleibt bei seinen Anschauungen von dem katholischen Charakter der Akademie in Münster trotz der Ausführungen des Ministers und des Abg. v. Sybel stehen; in den Statuten siehe ausdrücklich, daß der Bischof von Münster über die Dozenten der Akademie eine gewisse Jenseit in Sachen des Glaubens, der Lehre und des Wandels auszuüben habe.

Der Kultusminister bemerkt, daß sich dies nur auf die theologische Fakultät beziehe.

Bei Titel 11: Lyceum Hosianum in Braunsberg richtet Abg. v. Schorlemer-Alst an den Kultusminister die Frage, ob der jetzt in Baden als altkatholischer Pfarrer fungirende Professor Michelis immer noch sein volles Gehalt beziehe; jedenfalls werde er doch von der Gemeinde ebenfalls bedient (Widerpruch); nun, da bezahlen wir also von unserem Etat einen babilonischen Pfarrer. Was würde man wohl sagen, wenn die Professoren Gneist oder Birchow sich der Sekte der Heiligen der letzten Tage anschließen, in Folge dessen ihre Zuhörer verlieren und mit ihren Gemeinden nach Amerika gehen, ihr Gehalt aber immer weiter beziehen würden.

Der Kultusminister: Der Professor Michelis ist beurlaubt und bezieht sein volles Gehalt; das ist genau der Zustand, den der Abg. Windthorst vorhin als vollständig normal bezeichnete, daß man Leute, die zu ihrem Amte nicht mehr geeignet seien, mit vollem Gehalte außer Funktion setze. (Sehr richtig! links. Widerpruch im Centrum.) Professor Michelis ist beurlaubt worden, weil er thätiglich überflüssig war. Universitäts-Professoren werden niemals pensionirt, sondern be-

ziehen ihr Gehalt bis an ihr Lebensende und werden, wenn sie nicht mehr dozieren können, von den Vorlesungen dispensirt. Ob er in seinem jetzigen Aufenthalt anderweitig beschäftigt ist, weiß ich nicht; es ist für mich eine ganz gleichgültige Sache. Er hat das Recht, sein Gehalt ohne Abzug zu genießen, darin werde ich ihn schützen, nicht beeinträchtigen. (Beifall.)

Abg. v. Schorlemer-Alst: Man hat nicht die katholischen Studenten vor dem Unterricht des Professors Michelis schützen, sondern die Altkatholiken dadurch unterstützen wollen.

Abg. Birchow: Früher hat das Centrum mit dem Professor Michelis hier große Schlachten geschlagen; jetzt, wo Michelis auf dem alten Standpunkt stehen geblieben ist und Sie weiter gegangen sind, wird er von Ihnen bekämpft. Wenn Professor Michelis beurlaubt ist, so ist damit ein rechtliches Verhältnis geschaffen, ob es zweckmäßig ist, will ich dahingestellt sein lassen. Ich möchte den Abg. v. Schorlemer-Alst nur bitten, der Neigung zu persönlichen und mehr oder weniger verlegenden Insinuationen zu entlagen, die jetzt mehr und mehr im Centrum Platz greift. (Sehr richtig!) Ich weiß gar nicht, weshalb er den Abg. Gneist und mich mit dem unpassenden und verlegenden Beispiele mit den Heiligen der letzten Tage in Verbindung gebracht hat? Es läge vielleicht viel näher, wenn ich ihn mit den Säulenheiligen in Verbindung brächte. (Unruhe im Centrum.) Es scheint mir ein reiner Uebermuth, ein reiner Junkersport darin zu liegen. (Große Unruhe im Centrum.)

Präsident v. Köller: Den Ausdruck „Junkersport“ muß ich doch als nicht ordnungsmäßig bezeichnen.

Abg. Birchow: Ich bin bereit, mich dem Ausspruch des Präsidenten zu unterwerfen; nachdem aber der Schutz der einzelnen Abgeordneten seitens des Präsidiums in den letzten Tagen etwas schwach geworden ist, da wird es nothwendig, zur Selbsthilfe zu greifen. (Heftiger Widerspruch rechts. Rufe: Zur Ordnung!)

Präsident v. Köller: Ich werde den Schutz der Abgeordneten gegen unangemessene Ausdrücke stets wahrnehmen gegen Jedermann.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Professor Michelis hat der Zentrumsparthei niemals angehört (Widerpruch), jedenfalls habe ich niemals mit ihm zusammen im Hause gegessen. Eine Vergleichung mit den Säulenheiligen würde ich nicht weiter übel nehmen. Ich treibe keinen Sport, am allerwenigsten junkerhaften Sport, aber ich werde mir niemals die Freiheit nehmen lassen, scharf zu sprechen, wo ich es für nothwendig halte.

Abg. Windthorst: Die Universitäten und Akademien müßten so geordnet sein, daß auch katholische Theologen dort ihre Bildung erlangen könnten; die Vorschriften der Maigesetze verhindern dies, und wenn sie nicht geändert werden, muß mit allen Mitteln danach gestrebt werden, freie Unterrichtsanstalten, welche eine katholische Bildung ermöglichen, einzurichten.

Das Kapitel wird genehmigt. Es folgt Kapitel 120, Gymnasien und Realschulen.

Abg. Köckerath: Hier seien noch manche Mißstände aus der Aera Falk zu befeichtigen: auf die religiösen Uebungen mehr Gewicht gelegt und die Lehrerkollegien müßten so zusammengesetzt werden, daß sie auch durch ihr Beispiel besser auf die Jugend einwirkten, als dies bisher gechehen. Man lasse sich bei der Anstellung der Lehrer nicht von ihrer wissenschaftlichen Qualifikation, sondern von ihrem kirchenpolitischen Standpunkt leiten. Die Selbstmorde unter den Gymnasialisten nähmen von Jahr zu Jahr zu. Das Verbindungsweesen unter den Schülern habe eine bedenkliche Form angenommen. Auf den höheren Mädchenschulen entbede man unsittliche Lektüre, und auf den Gymnasien sei es noch schlimmer. Das Centrum habe gegen den Vorwurf, daß die aus den katholischen Schulen hervorgegangenen Zöglinge geistig nicht so weit vorgeschritten seien wie die Schüler anderer Schulen, stets protestirt. Es könne aber schließlich wahr werden, wenn man für katholische Schulen so wenig thue.

Minister v. Puttkamer: Es entspricht natürlich der Absicht der Regierung nicht, mit einem Lehrer, der eine Anstellung sucht, ein Inaukultorium vorzunehmen. Ein wunder Punkt unseres höheren Schulwesens ist ganz gewiß das Verbindungsweesen. Es ist nicht gerade so neuen Datums, wie der Vorredner meint (Sehr richtig!); in Ludau, wo es am meisten gewuchert hat, ist es, wie allgemein festgestellt, auf drei Dezennien zurückzuführen. In der letzten Zeit ist es aber mit einer Intensität aufgetreten, die mich als Chef der Unterrichtsverwaltung zu den entschiedensten Maßregeln nöthigt. Wenn in einer Zeit, in der die Jugendkraft voll in Anspruch genommen werden muß mit der Vorbereitung zum Studium, eine Antezipation des Jugendgenusses zur Regel werden soll, so müssen alle ernsten Männer dagegen sein. (Sehr wahr!) Die geheimen Verbindungen, wie wir ihnen auf die Spur gekommen sind, führen zu nächtlichen Gelagen, diese zum Anfsitze und dieser wieder zur Lüge und Ehrlosigkeit. (Hört!) Wenn ein Schüler sich den geheimen Genossen durch einen Eid verpflichtet, sobald er abgefaßt wird, sich durch die Frage, ob er zu der Verbindung gehöre, als ausgeschieden zu betrachten, wo bleibt da die männliche Ehre? Was für Männer sollen wir erziehen, wenn mit solchen Schlichen die Wahrhaftigkeit umgangen wird? (Sehr richtig!) Meine Pflicht ist es, dieses Unwesen mit Stumpf und Stiel auszurotten, und ich werde nicht eher ruhen, als bis es mir gelungen. (Beifall.) Ich nehme Gelegenheit, dies hier so öffentlich zu proklamieren, damit Gemeinden und Eltern mir bei dieser Arbeit helfen. Es haben sogar große Kommunen den Schulbehörden bei den Untersuchungen dieser Sache Widerstand geleistet. (Hört!)

Abg. Gumbrecht: Ich habe mich mit Absicht bisher nicht an den Debatten betheiligt, da mir der ganze Streit im Inneren widerstrebt. Wenn aber behauptet wird, daß es sich um einen Kampf zwischen den ungläubigen Elementen der verschiedenen Konfessionen und dem Staate handele, so muß ich erklären, es handelt sich um den Kampf zwischen einer Richtung der katholischen Kirche und dem Staate. Gätten Sie (im Centrum) sich nicht die Befolgung von Staatsgesetzen, welche die Katholiken in anderen Ländern ohne Anstand beobachten, von Ihren kirchlichen Oberen verbieten lassen, so wäre nie ein Kampf entstanden. Ich muß einige Worte über die Unterhaltung der höheren Unterrichtsanstalten hier sprechen. Es ist eine ungerechte Vertheilung der Lasten, daß ein Theil der höheren Unterrichtsanstalten vom Staate, der andere Theil von den Kommunen unterhalten wird. Ich halte es für nöthig, daß der Staat, wie die Verhältnisse jetzt liegen, möglichst viele Schulen unter seine Verwaltung bringt. Bei dem bei der Besetzung der Lehrstellen geltenden Prinzip ist es den kleineren Kommunen geradezu unmöglich, ein gutes Lehrpersonal zu erhalten. Eigentlich müßte der Staat alle höheren Lehranstalten übernehmen. Es würde schon eine Verbesserung sein, wenn der Staat bei den von den Kommunen unterhaltenen Anstalten die Pflicht übernehme, die Lehrer anzustellen.

Der Kultusminister: In dem letzten Gesichtspunkte des Redners liegt eine ungemein schwere Finanzfrage. Wenn der Staat alle Unterrichtsanstalten, die ihm angeboten werden, übernehmen will, so heißt das mit anderen Worten das Defizit für vielleicht hundert höhere Lehranstalten decken. Der Gedanke an sich ist mir ja sympathisch, aber ich werde mich wohl hüten, das als Grundfas, den ich zur Geltung zu bringen wünsche, hier aufzustellen. Der Abg. Gumbrecht hat wohl mehr vom Standpunkte der kleinen Kommunen aus gesprochen, denen es häufig sehr schwer wird, die höheren Unterrichtsanstalten zu erhalten. Aber ich bin überzeugt, daß unsere großen Städte sich mit Hand und Fuß dagegen wehren würden, ihre höheren Unterrichtsanstalten aus der Hand zu geben.

Abg. Windthorst: Ich bin mit den Erklärungen des Herrn Ministers im Allgemeinen einverstanden und bedaure nur seine Erklärung, daß ihm die Verstaatlichung der Lehr-Anstalten sympathisch ist.

Die Position wird bewilligt. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag, 10 Uhr. (Kultusetat.)

## 15. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 9. Februar. 1 Uhr. Am Ministerische: Friedberg, Graf Stolberg und mehrere Kommissare.

Neu berufen sind: v. Zoltowski (Fraustadt) und v. Morawski (Krotoschin).

Den Gesetzentwurf, betr. die Befestigung des Wanderlagerbetriebes beantragt der Referent der Gemeindefiskal-Kommission v. Bof in der Fassung des Abgeordnetenhaus anzunehmen.

Adams empfiehlt ebenfalls die Vorlage zur Annahme, deren niedrige Steuerfäße er noch beklagt, weil sie nicht genügend repressiv gegen die verderblichen Wanderlager wirken. Er wünscht auch, daß demnächst das Schanksteuergesetz neu eingebracht werde.

Theune dagegen bestreitet die absolute Verderblichkeit der Wanderlager nach den in seiner Heimath gemachten Erfahrungen. Im Interesse der Gerechtigkeit müßten aber auch die Wanderlager zur Kommunalsteuer herangezogen werden, wenn auch die hier vorgeschlagenen Sätze zu hoch seien. Er wolle sich aber der Stellung aussichtsloser Anträge enthalten.

vom Rath konstatirt als rheinischer Landmann, daß in seiner Heimath die Wanderlager Blutegele des Mittelstandes sind.

Die Vorlage wird darauf unverändert en bloc angenommen. Den Gesetzentwurf, betreffend den Ruhegehalt der emeritirten Geistlichen, beantragt der Referent v. Winterfeld unverändert anzunehmen, da er rite zu Stande gekommenes Kirchengesetz zu ändern außerhalb der Kompetenz des Hauses liege. Das zur Ausführung des Kirchengesetzes erforderliche Staatsgesetz habe aber der Kommission zu Abänderungsanträgen keine Veranlassung gegeben.

Art. 2 desselben bestimmt die Aufhebung aller bestehenden Emeritenfonds und ihre Vereinigung zu einem allgemeinen Pensionsfonds. Art. 7 macht das Inkrafttreten des Gesetzes von einer königlichen Verordnung abhängig.

Graf zur Lippe hält die Bestimmung des Artikels 3 für falsch, da sie gesetzlich regelt, was zu entscheiden eigentlich ein ausschließliches Recht des Landesherrn sei. Nur der König könne die von ihm allein geschaffenen juristischen Personen dieses Rechts wieder entkleiden.

Beseler hält es für bedenklich, das Inkrafttreten eines Gesetzes von der Entscheidung eines Faktors der Gesetzgebung abhängig zu machen.

Justizminister Friedberg hält die Behauptung des Grafen Lippe nicht für so über allen Zweifel erhaben, daß man in dieser Materie ohne Zustimmung der Landesvertretung vorgehen könne. Weniger schwerwiegend sei das Bedenken Beseler's. Eine analoge Bestimmung, wie die von ihm angefochtene, enthielten manche wichtige frühere Gesetze. Eventuell wünscht der Minister die nochmalige Prüfung dieser Fragen in der Kommission.

Das Haus entspricht diesem Wunsche, indem es auf den Antrag v. Bernuth's die Vorlage an die Kommission zurückverweist.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen.)

## Politische Uebersicht.

Wofen, 10. Februar.

Die wiener „Presse“ erörtert in einem ausführlichen Artikel den Ansturm der Rechte auf das gegenwärtige österreichische Ministerium und nennt es einen großen Fehler, daß die Rechte dieses Ministerium deshalb ansehe, weil es ein Koalitions-Ministerium sei, denn die Rechte für sich allein sei nicht entfernt stark und einig genug, allein die Regierung zu übernehmen. Dieses wird des Näheren folgendermaßen ausgeführt:

„Kann im Falle des Sturzes der gegenwärtigen Regierung die Rechte ein Ministerium bilden, das Regiment auf die Dauer führen? Was ist denn eigentlich die Rechte? Graf Hohenwart hat sie eine konservative Partei genannt. Aber in Wahrheit existirt diese geschlossene konservative Partei nicht außerhalb der Grenzen der Imagination ihres gräflichen Erfinders. Sieht man nur ein wenig scharf zu, so findet man, daß sie nichts ist als eine Konföderation von drei Gruppen, die thatsächlich in den Ausgangspunkten wenig, in den Zielen fast nichts miteinander gemein haben. Zuerst die Polen. Sie treten äußerlich mit einer imponirenden Einheit auf, aber auch bei ihnen ist der Miß zwischen der polnischen „Demokraten-Partei“ und den Soghtories vom Schlage des Grafen Ludwig Wodzicki ein tiefgehender. Zwischen den Polen und Czechen besteht eine formelle Allianz, aber keine Gemeinsamkeit in den Zielen. Was die letzteren wünschen, kann den ersteren nicht gleich sein; eine auswärtige Politik zumal, die das Ideal der ersteren bildete, läuft den Neigungen der letzteren schurktrads entgegen. Und wären die Czechen noch wenigstens unter sich einig! Sie würden dann durch numerische Stärke und das unzweifelhafte Talent ihres Chefs eine leitende Rolle zu spielen berechtigt sein. Will aber Jemand behaupten, daß Graf Clam und Dr. Trojan lange friedlich miteinander gehen werden? Die Differenz zwischen jenen Czechen, die nationale Ziele ohne Rücksicht auf politische Opfer erstreben wollen, und jenen, die ebenfalls das nationale Banner hochhalten, aber die freibethlichen Ziele nicht aus den Augen lassen wollen, die Differenz läßt sich durch Schlagworte nicht überdecken. Sie kann einen Augenblick verhüllt werden, in entscheidenden Momenten wird sie hervortreten müssen mit ursprünglicher Naturkraft. Die Kluft zwischen — sagen wir Dr. Kronawetter und Baron Giovanelli, gewiß zwei politische Antipoden — ist nicht tiefer wie die zwischen dem Grafen Clam und Dr. Gregy. Die eigentlich „konservative“ Gruppe, die Hohenwart'sche Kirche, ist auch keine in sich friedliche Gemeinde. Sie enthält Klerikale, rein konservative, Freikonservative und Slovenen. Diese können wieder nicht unbedingt mit den Czechen gehen.“

Die Rechte kann, wenn sie will, und so lange eine Auflösung des Abgeordnetenhauses oder andere Gründe die Konfiguration in demselben nicht ändern, jede Regierung unmöglich machen, aber regierungsfähig ist sie darum noch nicht. Das ist die Linke noch immer tausendfach mehr. Ihr numerisch fast gleich, überragt sie die Rechte trotz der sprichwörtlichen Uneinigkeit in der Gleichheit der Ziele, der Prinzipien. Die ganze Linke ist einig in Verfassungsfragen, die ganze Linke ist einig, soweit es die Wahrung der Einheit des Reiches gilt. Differenzen existiren höchstens in Bezug auf einzelne Freiheitsfragen und auch da nur bezüglich eines Plus oder Minus, nicht über die Prinzipien. So ist denn in der Linken noch immer mehr das Material zu einer Regierungspartei, wenn sie auch im Augenblicke selbst nicht regierungsfähig ist. Was aus dem Allen folgt? Daß die Rechte am allerwenigsten Anlaß hat, gegen den derzeitigen Stand der Dinge Sturm zu laufen, Parteien, welche einzeln zu schwach sind, um zu regieren, durch den Gegenfas der Prinzipien verbindet sind, sich auf die Dauer zu einigen, diese müssen ihre Theilnahme an der Regierung darin suchen, daß sie sich einfügen in ein System, welches ihnen das Mit regieren ermöglicht. Wenn sie aber Sturm laufen gegen die Minister, welche die Prinzipien der regierungsfähigsten Partei in der Regierung vertreten, dann haben sie noch lange nicht die richtige Erkenntnis der Sachlage, und damit beweisen sie am triftigsten, wie weit sie noch von der regierungsfähigkeit entfernt sind. Raum in den Reichsrath getreten sind insbesondere die Czechen ein bestimmender Faktor geworden. Keine Gestaltung kann sich vollziehen ohne sie, noch weniger eine gegen sie. Aus diesem Erfolge müssen sie sich die Nichtachtung ihrer Handlungsweise rächen. Ihre gemäßigten Elemente müssen die Verbindung mit den Liberalen suchen, um die Koali-







